

Die Wintersession aus Sicht von Ständerat Andrea Caroni

Die Ostschweiz im Bundesrat

Hurra – die Ostschweiz ist wieder im Bundesrat. Zugegeben: Dank der überragenden Kandidatur meiner St. Galler Rats- und Parteikollegin wollte zwar nie richtig Spannung aufkommen, wer FDP-Bundesrat Schneider-Ammann im Bundesrat beerben würde. Dennoch war meine Freude als Unterstützer der ersten Stunde enorm, als unsere Tessiner Ratspräsidentin nach dem ersten Wahlgang verkündete: «L'Assemblea federale ha eletto con 154 voti: Karin Keller-Sutter.» Minuten zuvor war ebenso im ersten Wahlgang meine frühere Rats- und Kommissionskollegin Viola Amherd zur Bundesrätin gewählt worden. Auch hierüber habe ich mich als Supporter gefreut.

Weniger Freude bereitete mir die Departementsverteilung: Idealerweise wären alle fünf bisherigen Bundesräte in ihrem Amt geblieben, Karin Keller-Sutter hätte als welt- und sprachgewandte Frau der Wirtschaft das Wirtschaftsdepartement übernommen und Viola Amherd als einzige Juristin im Bundesrat das Justizdepartement. Doch es kam anders: Simonetta Sommaruga und Guy Parmelin wollten wechseln, und niemand hatte den Mut, sie daran zu hindern. Frei blieben nur das Justiz- und das Verteidigungsdepartement. Der Trost: Karin Keller-Sutter kann auf ihre Erfahrung als St. Galler Justizdirektorin zurückgreifen, und Viola Amherd kann als erste Frau an der Spitze der Armee dort durchlüften.

Wer nun denkt, vor lauter Bundesratsfeiern wären wir kaum zum Arbeiten gekommen, täuscht sich. Für Ausserrhodens besonders relevant war die Anpassung des Finanzausgleichs. Zwar werden die Geber entlastet, weshalb auch Ausserrhodens künftig etwas weniger erhält. Doch der Kompromiss zwischen Geber- und Nehmerkantonen entschärft die heutigen Spannungen zwischen den Kantonen merklich. Nur zu nehmen, ist nicht selig.

Ein weiteres Projekt mit Ausserrhodener Touch ist auf der Zielgeraden leider gescheitert: Eine Vorlage, deren Text ich formuliert hatte, sah vor, dass die Kantone wieder mehr Freiheiten erhalten sollten, wie sie ihre Wahlverfahren ausgestalten (als Majorz oder Proporz). Der Ständerat war immer klar dafür, im Nationalrat stand das Geschäft stets auf Messers Schneide. Nach ersten positiven Signalen aus dem Nationalrat begann ich aufzuatmen. Doch in der Schlussabstimmung die Wende: Der Ständerat nahm die Vorlage zwar mit 29:14 an, doch der Nationalrat lehnte sie danach mit 103:90 ab. Damit ist diese Verfassungsrevision erledigt. Ich hoffe nur, das Bundesgericht nimmt dies als Freipass, seine heute schon überstrenge Praxis weiter zu verschärfen.

Ein weiteres Geschäft, in dem ich mich einbrachte, war die



Andrea Caroni, Ständerat AR.
Bild: PD

Aktienrechtsrevision. Seit 13 (!) Jahren werkeln wir an dieser. Noch im Sommer stand die Wirtschaft breit dahinter. Nun plötzlich der Frontalangriff: Antrag auf Nichteintreten. Als Mitglied der Kommission versuchte ich, das Projekt mit einem Kompromissantrag zu retten. Dies gelang. Mit knappen 23:20 Stimmen trat der Ständerat ein, und mit 29:15 folgte er meinem Vorschlag zur Rückweisung an die Kommission.

Als Kommissionssprecher vertrat ich sodann eine Reform des Lobbyismus im Bundeshaus. Leider gelang die grosse Reform (Abschaffung des Bazars für Lobbyisten-Zutrittsbadges) nicht. Immerhin schaffen wir etwas mehr Transparenz über die Lobbyisten, die im Bundeshaus ein- und ausgehen.

Für rote Köpfe sorgte der Streit um den UNO-Migrationspakt. Er ist meines Erachtens weder so himmlisch noch so teuflisch, wie die einen oder andern sagen. Es ist aber gut, dass die Schweiz genauer hinschaut, bevor sie eine Vereinbarung unterzeichnet. Der Bundesrat muss nun dem Parlament eine Vorlage unterbreiten, die wir dann kritisch prüfen.

Hoch zu und her ging es auch zum Thema Kampfflugzeug-Be-

schaffung. Der Ständerat will sie von sich aus dem Volk vorlegen. Eigentlich könnte man Kampfflugzeuge auch übers normale Armeebudget beschaffen – wie alle andern Beschaffungen ja auch. Dagegen kann man sich per Initiative wehren.

Apropos Beschaffungen: Wir revidierten das Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen. Per Einzelantrag wehrte ich mich gegen übermässigen und völkerrechtswidrigen Protektionismus, doch leider kam der Ständerat hier vom Pfad der Tugend ab.

Weiter beriet der Ständerat meine Interpellation zum papiernen Heimatschein. Dieser wird gemäss Bundesrat dank modernen Datenbanken bald überflüssig sein – ein kleines Stück Bürokratieabbau. Per Postulat verlange ich sodann vom Bundesrat eine klare Übersicht über (belastende und entlastende) Spezialregeln, welchen die Landwirtschaft untersteht. Ich bin gespannt auf die Erkenntnisse.

Zuletzt durfte natürlich auch während dieser Session das Gesellige nicht fehlen. Zum einen trainierten wir mit dem TC Bundeshaus mit Tennis-Ass Yves Allegro. Zum andern gab es auch wieder etwas Musik. Zwar musste ich aufgrund der Bundesratswahlen zum ersten Mal in sieben Jahren den Auftritt der Bundeshaus-Band absagen. Dafür konnten wir das Parlament mit einer neuen Fassung des Parlamentarier-Liederbüchleins erfreuen. Dies unter dem augenzwinkernden Motto «Chanter, c'est bon pour la santé».

Andrea Caroni, FDP
Ständerat AR

Die Wintersession aus Sicht von Nationalrat David Zuberbühler

Ein Anruf von Toni Brunner



David Zuberbühler, Nationalrat AR.
Bild: PD

Das Parlament will den Kantonen nun doch nicht freie Hand lassen beim Wahlverfahren für Behörden und Ständeratsmitglieder. Der Nationalrat hat völlig überraschend eine Verfassungsänderung in der Schlussabstimmung versenkt, mit 103 zu 90 Stimmen. Der Nationalrat erlaubt damit dem Bundesgericht, den Kantonen bei ihren Wahlsystemen immer neue Auflagen zu machen. Dies ist ein bitterer Eingriff in die Souveränität der Kantone. Für Appenzell Ausserrhodens bedeutet dies, dass wir nun doch nicht dauerhaft selber bestimmen können, ob wir lieber den Majorz oder den Proporz wollen.

Es war ein historischer Tag für die Frauen. Die Bundesversammlung wählte in der zweiten Sessionswoche erstmals zwei Bundesrätinnen gleichzeitig. An dieser Stelle gratuliere ich den beiden frisch gewählten Bundesrätinnen Viola Amherd (CVP) und Karin Keller-Sutter (FDP) herzlich zu ihrer souveränen Wahl in die Landesregierung. Am allermeisten freut mich aber, dass die Ostschweiz wieder mit einer starken Persönlichkeit im Bundesrat vertreten ist. Meine Hoffnung besteht nun darin, dass unsere Region sowohl durch die Politik als auch durch die Verwaltung in diesem weit entfernten Bern wieder vermehrt zur Kenntnis genommen wird.

Der Druck meiner Partei hat gewirkt: Ständerat und Nationalrat haben klar entschieden, dass das Parlament über den UNO-Migrationspakt befinden soll. Damit darf der Bundesrat die Schweiz nicht durch die Hintertüre zur Förderung der weltweiten Migration verpflichten. Stattdessen muss er nun

beiden Räten den Antrag auf Zustimmung in Form eines Bundesbeschlusses unterbreiten. Angesichts des breiten Widerstands gegen den Migrationspakt ist es ein Affront gegen Parlament und Bevölkerung, dass der Bundesrat diesen einfach so durchwinken wollte.

Noch im Herbst wollte der Nationalrat, dass die Reise von Flüchtlingen in ihre Heimat endlich Konsequenzen haben wird. Denn wer freiwillig in sein Heimatland reist, wird dort nicht wirklich verfolgt, sondern missbraucht die Gutmütigkeit der Schweiz. Darum wollte der Nationalrat, dass diese Reisen automatisch zur Aberkennung des Flüchtlingsstatus führen. Neu sollen anerkannte Flüchtlinge zwar ihren Status verlieren, wenn sie bei Reisen in ihr Herkunftsland erwischt werden. Nichts zu befürchten hat jedoch, wer den Schweizer Behörden glaubhaft machen kann, dass die Heimatreise nicht freiwillig erfolgt ist. Mit anderen Worten: Wer eine gute Story auftischen kann, der darf trotz Flüchtlingsstatus in der alten Heimat Ferien machen.

Gegen den Widerstand der SVP hat das Parlament einer Ausweitung der Antirassismust-Strafnorm auf die «sexuelle

Orientierung» zugestimmt. Dabei geht es um angebliche Diskriminierungen wegen Hetero-, Homo- und Bisexualität, obwohl das geltende Recht bereits ausreichend vor Hasstaten und Beleidigungen schützt. Absehbar ist nun eine Zunahme von – in der Regel unbegründeten und ideologischen – Klagen, wie wir sie bereits mit der Antirassismust-Strafnorm kennen gelernt haben. Die Gesetzesänderung dient darum in erster Linie der weiteren Einschränkung der Meinungsfreiheit.

Ein Grundpfeiler der Weiterentwicklung der Armee (WEA), die seit dem 1. Januar 2018 umgesetzt wird, ist die vollständige Ausrüstung der Truppe. Dem Parlament ist diese Vollausrüstung plötzlich egal. Es kürzte im Rüstungsprogramm 29 Millionen Franken bei der persönlichen Schutzausrüstung unserer Soldaten. Bei der Kürzung handelt es sich um einen sogenannten Kompromiss. Ich bin hingegen der Meinung, dass es – wenn es um die Sicherheit unserer Soldaten geht – eigentlich keine Kompromisse geben dürfte. Schliesslich sind es nur noch 100 000 Armeeangehörige (sie alle hätten im Fussballstadion des FC Barcelona Platz), die unser Land schützen.

Nach meiner Wahl in den Nationalrat erhielt ich von ihm einen Anruf: Die Rede ist von Toni Brunner, der damals noch Parteipräsident war. Er, der auch meine politische Karriere prägte, sass 23 Jahre lang für die SVP im Nationalrat. Am letzten Sessionstag verabschiedete sich die grosse Kammer vom SVP-Urgestein. Alle standen auf – von links bis rechts. Zugegeben: Dieser emotionale Moment sorgte nicht nur bei mir für feuchte Augen.

Ab dem kommenden Januar werde ich Mitglied der Delegation für die Beziehungen zum Liechtensteiner Landtag. Die engen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen Liechtenstein und der Schweiz basieren auf einem über 100 Abkommen umfassenden Vertragsnetz. Die diplomatischen Beziehungen zeichnen sich durch häufige Besuche auf allen Ebenen aus. Für mich bedeutet dies, dass Gespräche zu aktuellen bilateralen und grenznachbarschaftlichen Themen auf dem Programm stehen werden. Darauf freue ich mich.

Ihnen, liebe Ausserrhoderinnen und Ausserrhoder, danke ich zum Jahresende von ganzem Herzen, dass ich seit 2015 unseren Kanton in Bern vertreten darf. Es ist mir nach wie vor eine grosse Ehre. Verbunden mit diesem Dank wünsche ich Ihnen besinnliche Festtage und danach einen richtig guten Rutsch ins neue Jahr!

David Zuberbühler, SVP
Nationalrat AR



Karin Keller-Sutter freut sich über ihre Wahl in den Bundesrat.

Bild: Anthony Alex/Keystone